

Reinachs Strategie-Demokratie

Mit der Reinacher Reform richtet die «Stadt vor der Stadt» ihre Politik neu aus

BZ 2.7.2010

Als erste Baselbieter Gemeinde führt Reinach konsequent Strukturen für Politik und Verwaltung ein, die langfristiges öffentliches Management ermöglichen. Bereits die nächste Budgetdebatte fällt unter das neue System.

DANIEL HALLER

Ein arbeitsmässig heisser Herbst erwartet den Reinacher Einwohnerrat, und aus formellen Gründen wird es eine Volksabstimmung geben. Dann aber bricht am 1. Januar in Reinach ein neues Zeitalter an: Ab Jahresbeginn funktionieren Kommunalpolitik und Verwaltung nach jenen neuen Regeln, an denen Gemeinde- und Einwohnerrat seit knapp vier Jahren intensiv arbeiten.

Fragt man den Gemeindepräsidenten Urs Hintermann nach dem Ziel der Reform, zählt er drei strukturelle Schwächen des bisherigen Politikbetriebs auf, die es zu überwinden gilt:

- Das Parlament beschliesst oft während des Jahres neue Projekte und Aufgaben. In der Budgetdebatte Ende Jahr streicht es dann aber die Mittel, die für diese Vorhaben erforderlich wären. «Diese Trennung von Bestellen und Bezahlen wollen wir überwinden.»
- Der Einwohnerrat als Legislative und der Gemeinderat als Exekutive

haben oft keine gemeinsame Linie: Der Gemeinderat hat seinen Legislaturplan. Der Einwohnerrat kann aber nur mit Einzelvorlagen und via Budget eingreifen und hat oft eine andere Linie – mit einem Zickzackkurs als Resultat. «Wir wollen mehr Planungssicherheit erreichen.»

- Der Legislaturplan des Gemeinderats umfasst vier Jahre, die Budgetkompetenz des Einwohnerrats ist auf ein Jahr eingeschränkt. «Künftig wollen wir Ziele über den Zeitraum von mehreren Jahren definieren.»

Matthias Gysin, Projektleiter Reinacher Reform, ergänzt: «Heute ist das Budget das Haupt-Steuerinstrument des Parlaments. Es besteht nur aus Zahlen, aus denen die Zusammenhänge nicht ersichtlich sind.» So sehe man im Budget nicht, wie viel die Gemeinde etwa für Sport ausbe, da die Kosten für Turnhallen, Schwimmbad, Vereinsförderung etc. auf verschiedenen Konten verbucht würden.

Mehr Einfluss für den Einwohnerrat

Daran, und dass das Parlament den Finanzplan bisher nur zur Kenntnis nehmen konnte, störte sich auch Urs Stöcklin, Präsident der Spezialkommission Reinacher Reform des Einwohnerrats. «Wir wünschten uns schon lange mehr strategische Einflussnahme.» Diese soll der Einwoh-

nerrat nun durch die neuen Planungsinstrumente bekommen:

- Für neun Sachbereiche erarbeitet künftig der Gemeinderat Strategische Sachpläne. Der Einwohnerrat diskutiert, verändert und beschliesst diese. In diesen Plänen sind die Ziele definiert, welche die Gemeinde erreichen will.
- Der Weg zu diesen Zielen wird in Jahres-Etappen aufgeteilt. Diese sind in den Jahres- und Entwicklungsplänen beschrieben, die künftig für die politische Debatte das Budget ersetzen. Für 19 Leistungsbereiche soll auf je einer Doppelseite ausgeführt werden, wofür das Geld bestimmt ist und welche Rolle die finanzierten Massnahmen für die strategischen Ziele haben. «Das ist verständlicher als ein Zahlen-Budget und gibt dem Bürger die Gelegenheit, mitzudenken», erklärt Gysin.
- Ein Jahresbericht, der das Erreichte in Bezug auf die strategischen Ziele evaluiert, soll Rechnung und Geschäftsbericht ersetzen. Allerdings wird für das Controlling und für den Kanton weiterhin auch eine reine Finanzbuchhaltung geführt.

Einstimmig beschlossen

Die Reinacher Reform ist nach jeweils eingehenden Diskussionen sowohl im Gemeinde- als auch im Ein-

wohnnerrat in verschiedenen Schritten einstimmig beschlossen worden. Einzig für die Zusammenlegung der Rechnungsprüfungs- und der Finanzkommission wird im Herbst noch eine Volksabstimmung erforderlich sein.

Eine Hürde sehen Hintermann und Stöcklin in der Arbeit, die bis zum Jahresende noch zu leisten ist: Die strategischen Sachpläne werden derzeit in den Kommissionen des Einwohnerrats beraten und müssen im November in zweiter Lesung beschlossen werden. Daraus müssen dann Gemeinde- und Einwohnerrat die Jahres- und Entwicklungspläne ableiten, die der Einwohnerrat im Dezember anstelle des bisherigen Budgets beschliesst. «Später werden pro Jahr ein bis zwei strategische Sachpläne überarbeitet. Aber jetzt, zum Auftakt, kommt alles aufs Mal», erklärt Stöcklin.

Primat der Politik bleibt

«Die Stärke der Reinacher Reform ist, dass wir keine fertigen Rezepte von anderswo, etwa aus Riehen oder Burgdorf BE, übernommen, sondern alles auf die Bedürfnisse Reinachs zugeschnitten haben», fasst Hintermann den Prozess zusammen. Daran war der Einwohnerrat von Anfang an beteiligt. «Damit haben wir die Lehre aus einem ersten Reform-Anlauf gezogen, der Ende 90er-Jahre gescheitert ist.» Aufwändig sei vor allem gewesen, exakt festzulegen, welche Leistungen die Gemeinde erbringt und erbringen will.

Die reformierte Struktur sei vor allem für Gemeinden mit Einwohnerrat geeignet. Doch strategische Sachpläne könne auch eine Kleingemeinde erarbeiten. Die Debatte politischer Ideen werde mit den neuen Strukturen nicht abgeblockt, betont Stöcklin. «Sie verlagert sich aber weg von der Diskussion einzelner Budgetposten hinein in die Kommissionen, die die strategischen Sachpläne bearbeiten.»

Von den grossen Zielen zur einzelnen Leistung

Die neun **strategischen Sachpläne** der Reinacher Reform umfassen die Bereiche Finanzierung; Bevölkerungsdienste und Sicherheit; Bildung; Raum, Bau und Umwelt; Verkehr und Mobilität; Freizeit und Kultur; Soziales; Gesundheit; Ver- und Entsorgung. Die Laufzeit dieser Sachpläne beträgt zwischen zwei und sieben Jahren.

Diese strategischen Sachbereiche sind in bis zu drei **Leistungsbereiche** unterteilt, beispielsweise die Bildung in Bildungsunterstützung, Musikunterricht sowie familienergänzende Betreuung. Die Sachbereiche Gesundheit und Finanzierung sind nicht unterteilt. Für die total neunzehn Leistungsbereiche werden die jährlichen

Leistungs- und Entwicklungspläne beschlossen. Diese beschreiben, welche Leistungen die Gemeinde im kommenden Jahr erbringt, um den Zielen des strategischen Sachplans näher zu kommen. Die neue Struktur erfordert eine neue Ressortverteilung im Gemeinderat und neue Kommissionen im Einwohnerrat. (DH)